



Prof. Dr. Dietmar Köster
Mitglied des Europäischen Parlaments
Europabüro Wetter (Ruhr)
Königstr. 69a
58300 Wetter
Mail: info@dietmar-koester.eu
Tel.: 02335 5222
Fax: 02335 5221

Dietmar Köster, 12. Oktober 2015

Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik: Die Zukunft Europas steht auf dem Spiel!

Die Europäische Union (EU) steht vor einer Zerreißprobe. Angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen droht in Europa ein Rückfall in alte Politikmuster aus dem letzten Jahrhundert, in dem der (deutsche) Nationalismus dominierte und der Europa in die Katastrophe von zwei Weltkriegen stürzte¹. Das bedeutendste Friedensprojekt in der Geschichte Europas infrage zu stellen, weil auch künftig Menschen in existenzieller Not den Weg nach Europa suchen, ist politisch verantwortungslos. Die Aufgabe eines neuen friedensfähigen Europas besteht darin, sein Fundament, sich als Wertegemeinschaft zu verstehen, die den Menschenrechten verpflichtet ist, tragfähig zu machen. Nur, wenn die EU ein Minimum an Glaubwürdigkeit behält, gemeinsam für die Idee des Friedens, der Freiheit, der Demokratie und Solidarität zu stehen und einzustehen und in diesem Geist die Herausforderung der wachsenden Zahl der Flüchtlinge anzugehen, wird sie eine Perspektive haben. Ob dies gelingt, hängt auch von öffentlichen Diskursen ab, die zwischen den Polen pendeln, ob Zuwandernde und Flüchtlinge eine Chance für Europa sind oder eher eine Gefahr darstellen, die den Wohlstand gefährden.

Immer wieder wird in der öffentlichen Debatte zum Thema „Flüchtlinge“ behauptet, die Stimmung könne nach Rechts kippen, würden mehr Flüchtlinge aufgenommen. Dieses Argumentationsmuster ist höchst problematisch. Bedeutet es doch letztlich, dass die Flüchtlinge selbst für mögliche rechtsextreme Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Nazis die Not der Flüchtlinge für ihre menschenverachtende Propaganda missbrauchen, um rassistische Stimmungen in der Bevölkerung zu schüren. Wasser auf die Mühlen der Nazis und der Rechtspopulisten wären Maßnahmen, wie die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen, die mit vorgeschobenen gestiegenen Ausgaben für Flüchtlinge begründet würden. Daher hängt der Kampf gegen Alltagsrassismus und Rechtsextremismus mit der Überwindung der Austeritätspolitik zusammen. Denn Letztere hat in der Vergangenheit den Zusammenhalt der Gesellschaft brüchiger werden lassen. Die „Sparpolitik“ zulasten Arbeitsloser, Arbeitnehmer, Rentnern und anderen hat die enge Bindung zwischen Sozialstaatlichkeit und Demokratie nahezu aufgelöst. Viele Menschen wenden sich von der Demokratie ab, da sie keine Verbesserung ihrer sozialen Lebenslage mehr erwarten und richten ihre Ressentiments gegen die Flüchtlinge. Nicht die Flüchtlinge sind die Ursache für menschenfeindliche Haltungen sondern die neoliberale Politik.

Neoliberale Prozesse zerstören menschliche Bindungen. Die Ideologie, jeder strebe nach seinem eigenen Vorteil, was so wiederum allen zugute käme, hat zu einem sozialdarwinistischen Überlebenskampf geführt. Er bildet einen Angstrohstoff, der die Basis für antidemokratische und menschenverachtende Entwicklungen ist. Die Auswirkungen sind spürbar: Das Gewaltpotenzial in den sozialen Verhältnissen vergrößert sich. Menschen werden manipulierbar und korruptionsanfällig. Dies fördert rassistische Denk- und

¹ Dieser Nationalismus drückt sich darin aus, dass 9 EU-Mitgliedstaaten 90 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen.

Verhaltensweisen. Daher sind **nicht** die Flüchtenden und Zuwandernden die Ursache für das Erstarken rechtsextremer Entwicklungen. Flüchtlinge sind dann allenfalls der Anlass für rassistisch motivierte Anschläge. Daher ist es so wichtig, immer wieder zu betonen: Sozialstaatlichkeit ist der Kitt der Gesellschaft. Die einseitige Betonung der Marktkräfte führt nicht nur zu mehr sozialer Ungleichheit, sondern auch zu großen gesellschaftlichen Verwerfungen in den sozialen Verhältnissen.

Aber was ist von dem Gerede zu halten, Deutschland oder Europa seien insgesamt am Rande ihrer Belastung oder gar überfordert? Ein Grund für die jetzige zugespitzte Lage besteht darin, dass die warnenden Stimmen vor den Folgen der Armut und Not der Länder des globalen Südens vom globalen Norden nicht ernst genommen wurden. Schon der Nord-Süd-Bericht der Willy-Brandt-Kommission für die UNO aus dem Jahr 1980 wies auf die Not in den Entwicklungsländern hin, beschrieb den Zusammenhang zwischen Rüstung und Armut in den Ländern des globalen Südens und forderte eine neue Weltwirtschaftsordnung. Und auch in letzter Zeit gab es warnende Stimmen.

So ist seit längerem bekannt, dass der Libanon, die Türkei, Jordanien und andere Länder die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Hat man wirklich geglaubt, dass sie weiterhin die Probleme für die EU und Deutschland lösen würden und dafür sorgten, dass Europa von den Flüchtlingen „verschont“ bleibt? Selbst als im Frühjahr dieses Jahres vor Lampedusa Flüchtlinge ertranken, wurden keine Maßnahmen ergriffen, um sich auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen einzustellen.² Diese Untätigkeit wurde damit begründet, man dürfe den Flüchtlingen keine Anreize schaffen, nach Europa zu kommen. Die Devise lautete, die Flüchtlinge abzuschrecken, um sie von Europa fernzuhalten, statt sich auf die neue Situation vorzubereiten. Es ist offensichtlich, dass die bisherige Europapolitik vollkommen gescheitert ist. Die EU – und hier insbesondere die EU-Mitgliedstaaten – müssen gemeinsam daran arbeiten, um die vordringlichen humanitären Aufgaben zu lösen:

- ein umfassendes Seenotrettungsprogramm, um den Tod weiterer Flüchtlinge zu verhindern, etablieren,
- legale Schutzwege öffnen,
- einen Schlüssel für die Verteilung der Flüchtlinge finden,
- die Dublin-Regeln ändern, wonach die Flüchtlinge in den Erstankunftsländern verbleiben sollen,
- einheitliche Standards im Umgang mit Flüchtlingen festlegen,
- ein umfassendes humanitäres Investitionsprogramm in der EU für die Bereiche sozialer Wohnungsbau, Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarktpolitik zur Förderung der Integration der Flüchtlinge beschließen.

Zentral dabei ist, dass das Grundrecht auf Asyl weder ausgehöhlt noch eingeschränkt werden darf. Vorschläge, die das Asylverfahren in schnellen Prozessen an den Außengrenzen Europas abwickeln (Einrichten von Transitzonen an den EU-Außengrenzen), sind grundgesetzwidrig, da dies das individuelle Recht auf Asyl beeinträchtigt. Auch das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren der Bundesregierung dient eher dazu, Flüchtlinge zu drangsalieren, zu schikanieren und leichter abzuschieben, als an den wirklichen Problemen aus einer humanitären Perspektive etwas zu ändern. Vielmehr ist zum Beispiel das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“ höchst fragwürdig, wenn Roma, die in Balkanstaaten vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt sind, abgeschoben werden. Ebenso ist der CATUM-Prozess zu stoppen, bei dem die EU mit Diktaturen in Afrika (Sudan, Eritrea und andere) mit dem Ziel zusammenarbeitet, Flüchtlinge davon abzuhalten, vor ihren Unterdrückern zu fliehen. Schließlich ist ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, das Zuwandernden die Möglichkeit eröffnet, Arbeit und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Vordringlich besteht die humanitäre Pflicht Europas darin, den Flüchtlingen, die aus Verzweiflung ihr Zuhause verlassen haben, eine Chance zu geben. Dafür müssen politische Verantwortungsträger mit gutem Beispiel vorangehen. Es gilt der Grundsatz: Die Würde des

² Schon in den ersten Monaten des Jahres 2015 ertranken Tausende von Menschen, davon allein an einem Tag 400 vor der Küste Libyens und 700 in der Straße von Sizilien. 2014 kamen mehr als dreitausend Flüchtlinge ums Leben, seit dem Jahr 2000 sind nach vorsichtigen Schätzungen 30.000 im Mittelmeer ertrunken (Krysmanski 2015).

Menschen ist nicht nur unantastbar, sondern es besteht für alle staatlichen Organe die Pflicht, dies zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Dies kommt im Artikel 1 des Grundgesetzes zum Ausdruck: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Und die Würde ist nach Kant die Fähigkeit des Menschen, die Menschheit in seiner eigenen Person zu achten. Das bedeutet: Sich in die Lage der Flüchtlinge zu versetzen, sich dann über die Erwartungen an staatliches Handeln klar zu werden, muss die Richtlinie menschlichen und politischen Handelns sein.

Begleitet werden die Themen Flucht und Zuwanderung durch einen allgemeinen Belastungsdiskurs. Es wird der Eindruck erzeugt, die Flüchtenden würden Deutschland überfordern. Jede Maßnahme wird mit der Botschaft verkündet, dass es bestimmte Zuwanderungsgruppen gibt, die wieder „zurückzuführen“ seien. Dazu werden die Flüchtlinge unterteilt in jene, die zu Recht einen Antrag auf Asyl stellen, wie z.B. Personen aus Syrien, während andere „Asylmissbrauch“ betrieben und „Wirtschaftsflüchtlinge“ seien, wozu meist die Zuwanderer aus den Balkanstaaten gezählt werden. Letztere sollen möglichst schnell wieder in ihre „sicheren Herkunftsstaaten“ abgeschoben werden. Die Botschaft ist immer die gleiche: Das Boot ist (fast) voll. Bestimmten Gruppen von Zuwanderern wird das Recht verwehrt, länger in Deutschland zu bleiben. In dieser Logik ist das Schließen von Grenzen nur konsequent. Diese Debatte, zumindest einen Teil der Zuwanderer als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder Asylmissbrauchende zu bezeichnen, führt dazu, dass gesellschaftlich ein negatives Bild von Flüchtlingen gezeichnet wird, sie als Belastung zu begreifen und sie zu stigmatisieren. Das ist fatal. Es schürt Ressentiments und führt in der Konsequenz zur Ablehnung des „Fremden“. Damit ist der Nährboden für Anschläge auf Flüchtlingsheime und rassistisch motivierte Gewalt, zum Terror durch Nazis oder „besorgte Bürgerinnen und Bürger“ bereitet. Erkennbar wird dieser Rassismus, wenn führende Politiker wie zum Beispiel der bayrische Ministerpräsident davon redet: „Wir werden gegen jede weitere Zuwanderung kämpfen bis zur letzten Patrone“. Oder: „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt“. Oder andere CSU-Politiker wie der bayrische Innenminister davon reden, man dürfe die Aufgabe, Flüchtlingen heute einen Platz in der Gesellschaft zu schaffen, nicht damit vergleichen, dass es auch gelungen sei, die Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in die Gesellschaft zu integrieren. Man dürfe also Vertriebene nicht mit den Flüchtlingen gleichsetzen. Offensichtlicher ist Rassismus nicht zu haben. Der dann auch die Mitte der Gesellschaft erreicht.

Dabei zeigt doch die jüngere Geschichte, dass jedes Nachgeben gegenüber Rechtspopulisten und den Nazis und deren Parolen das falsche Signal ist. Auch die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl nach den Anschlägen in Rostock-Lichtenhagen in den 1990er Jahren führte nicht dazu, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Vielmehr gab es Pogrome wie in Hoyerswerda und anderswo, die schließlich bis zu den Morden des terroristischen NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) eine gemeinsame Linie bilden (Butterwegge 2015). Auch die aktuell geplanten Einschränkungen des Asylrechts wie zum Beispiel die Streichung des Existenzminimums bei abgelehnten Asylbewerbern werden weder die Zahl der Flüchtlinge perspektivisch einschränken noch rechtspopulistische Entwicklungen verhindern. Daher ist der Staat aufgefordert, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln konsequent gegen Nazis vorzugehen. Leider ist zu befürchten, dass dies nicht geschieht. Das Beispiel in Heidenau begründet die Skepsis: Zunächst gab es keine, mittlerweile etwa 40 Strafanzeigen gegen Nazis. Dagegen wurden bei den Protesten gegen den Steinkohlebergbau in Garzweiler innerhalb kürzester Zeit 800 Strafanzeigen gestellt.

Es ist eine wichtige Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte, der verbreiteten Sichtweise, die Flüchtlinge als Belastung zu sehen, entschieden zu widersprechen. Flüchtlinge und Zuwandernde können eine Bereicherung sein. Ihnen sind Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen. Hierzu sind umfassende Politikkonzepte in den Bereichen Wohnungsbau, Arbeit, Bildung und Gesundheit vorzulegen und umzusetzen. Es geht darum, ein positives weltoffenes Klima zu schaffen, das von einem breit getragenen Alltagsbewusstsein getragen wird, sozial und solidarisch zu handeln. Das hilft nicht nur den Flüchtlingen, sondern praktische Solidaritätsarbeit kann eine bereichernde individuelle Erfahrung sein. Daher ist es so beeindruckend, wenn in Dortmund, München und vielen anderen Städten so viele Bürgerinnen und Bürger Flüchtlinge willkommen heißen und sich bei ihrer Begleitung so stark freiwillig engagieren. Je mehr solche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten stattfinden, umso weniger sind die Flüchtlinge durch Nazis oder andere Rechtsextreme bedroht. Solche Aktivitäten tragen auch dazu bei, den Druck auf die Politik zu erhöhen, gute Lösungen für

Flüchtlinge zu finden. Allerdings besteht auch die Gefahr der Instrumentalisierung, wenn mit der „Willkommenskultur“ gezeigt werden soll, dass die „Deutschen“ doch die einzigen sind, die so humanitär mit den Flüchtlingen umgehen. Auch daraus kann deutscher Nationalismus neuen Nährstoff erhalten.

Vielmehr ist auch durch die Ausweitung politischer Bildung ein Alltagsbewusstsein zu fördern, das Rassismus und Nationalismus in jeder Form zurückweist. Denn Willkommensaktivitäten und Naziaktivitäten, die sich auf die Zustimmung eines Teils der Bevölkerung stützen, finden gleichzeitig statt. Letztere beseitigt man nicht dadurch, dass man ihnen ein wie auch immer geartetes Verständnis entgegenbringt. Hier sind klare Abgrenzungen und Auseinandersetzungen erforderlich. Die oft in diesem Zusammenhang geäußerten Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern vor dem eigenen sozialen Abstieg und die angeblichen Bevorzugung der Flüchtenden dürfen keine Entschuldigung dafür sein, sich rechtspopulistischen oder rechtsextremen Gruppierungen anzuschließen. Neben dieser Verantwortung jedes Einzelnen ist eine Politik erforderlich, die endlich die zunehmende soziale Ungleichheit der Gesellschaft angeht und zum Beispiel die Kinder- und Altersarmut konsequent bekämpft.

Weiter ist die Belastungsdebatte oft mit der Vorstellung verbunden, die Flüchtlinge würden ausschließlich Deutschland als Zielland wählen. Fakt ist, dass nicht Deutschland oder die übrigen EU-Staaten die größte Zahl der Flüchtlinge aufnehmen müssen. Die Realität ist anders: Laut dem UNHCR-Bericht gab es 2014 über 60 Millionen Flüchtlinge. Noch nie waren so viele Menschen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Flucht vor gewaltsamer Vertreibung wie heute. Mehr als die Hälfte sind Minderjährige. Viele Millionen sind Binnenflüchtlinge: Flüchtlinge, die innerhalb ihrer meist zerfallenden Staaten in unterschiedliche Regionen der Entwicklungsländer flüchten. In den Entwicklungsländern halten sich die meisten Flüchtlinge auf. Allein 800.000 Binnenflüchtlinge befinden sich auf dem ehemaligen Gebiet der demokratischen Republik Kongo. Ein Hauptteil der Flüchtlinge kommt aus den zerfallenden Staaten Syrien, Somalia, Irak Lybien, Ägypten. Von den 12 Millionen Syrern, die auf der Flucht sind, hat die Türkei 1,9 Millionen aufgenommen, der Libanon bei einer gesamten Bevölkerung von 4,5 Millionen 1,1 Millionen, Deutschland 25.000. Insgesamt liegt der weltweite Anteil der Flüchtlinge in der EU bei 3,3 Prozent.

Bislang sind in diesem Jahr rund 500.000 Flüchtlinge und Zuwanderer nach Europa gekommen (Eurostat 2015). Am stärksten hiervon betroffen sind Griechenland mit mehr als 213.000, Ungarn mit 145.000 und Italien mit mehr als 115.000 Personen. Europa hat insgesamt 510 Millionen Einwohner. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung beträgt 0,11 Prozent. Im Vergleich dazu hat der Libanon einen Anteil von 25 Prozent bei einer deutlich schwächeren ökonomischen Lage.

Auch wenn der plötzliche Anstieg der Flüchtlingszahlen im Vergleich zu den letzten Jahren mit enormen gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen verbunden ist, können die Aufgaben mit entsprechendem politischen Willen durchaus gemeistert werden. Das zeigen historische Beispiele, auch wenn diese nicht unmittelbar mit der heutigen Situation zu vergleichen sind. In Deutschland gelang es, nach dem Zweiten Weltkrieg 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die Gesellschaft aufzunehmen. In den 1960er Jahren sind Millionen Südeuropäer nach Deutschland angeworben worden, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Und diese Aufnahme geschah bei weitaus schlechteren sozialökonomischen Voraussetzungen.

Sicherlich: die Gestaltung der jetzigen Aufgaben ist, insbesondere vor dem Hintergrund des plötzlichen Anstiegs der Flüchtlingszahlen, für die Kommunen und die Länder, schwierig. Zu ihrer Bewältigung sind alle politischen Ebenen gefordert. Der Bund hat in diesem Kontext vor allem die Aufgabe, die Kommunen und Länder finanziell zu unterstützen. Die erzielte Einigung mit den Bundesländern ist ein richtiger Schritt. Die Entwicklung muss aber weiter ausgewertet und bei Bedarf angepasst werden. Und Europa muss insgesamt zu einer solidarischen Politik zurückkehren.

Zur Belastungsdebatte gehört weiterhin, dass der Eindruck erzeugt wird, die Menschen, die bei uns Asyl genießen oder als Zuwanderer kommen, würden dem Staat ausschließlich hohe

Kosten verursachen³. Die geschätzten 800.000 bis 1.000.000 Flüchtlinge für dieses Jahr verursachen Gesamtkosten von etwa 10 Milliarden Euro (Müller u.a. 2015). Eine Summe, die aufzubringen ist, z.B. durch die aktuellen Überschüsse im Haushalt, die momentan bei 20 Milliarden Euro liegen, oder durch eine konsequentere Bekämpfung der Steuerhinterziehung in Europa, durch die der EU jährlich eine Billion Euro entgehen. Weitere Einnahmen können durch die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer geschaffen werden. Das ist die eine Seite der Zuwanderung. Die andere Seite besteht darin, dass Deutschland auch finanziell von Zuwanderung und Flüchtlingen perspektivisch der Nutznießer sein kann.

In den letzten Jahren hat Deutschland von Zuwanderung profitiert. Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ohne deutschen Pass zahlen jährlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialversicherungsbeiträge als sie an Sozialleistungen erhalten (Bonin o.J.). Es sprechen aus einer volkswirtschaftlichen Sicht viele Gründe dafür, dass die humanitäre Gestaltung der Einwanderung viele Vorteile für die deutsche Bevölkerung eröffnet. Dazu muss der Staat in den Bereichen Wohnung, Gesundheit, Bildung und Arbeit investieren, die es den Zuwanderern ermöglicht, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. In der EU brauchen wir ein öffentliches Investitionsprogramm für Humanität, Solidarität und sozialen Zusammenhalt. Dadurch würden Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen. Von dieser Politik würden Flüchtlinge und EU-Bewohner gemeinsam profitieren. In den Genuss eines solch umfassenden Investitionsprogramms sollten die EU-Länder in dem Umfang kommen, wie sie bereit sind, Flüchtlinge gemessen im Verhältnis zu ihren Einwohnerzahlen und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufzunehmen. Dies wäre auch ein wichtiger Schritt, die gescheiterte Austeritätspolitik zu beenden. Aber wer an der Ideologie der „Sparpolitik“ festhält, wird gar kein Problem lösen. Eine Fortsetzung der Austeritätspolitik wird dazu führen, dass Flüchtlinge gegen Arbeitslose, Hartz IV- Empfänger und gegen jene, die sich vom sozialen Abstieg bedroht fühlen, ausgespielt werden. Wer sich dieser Verantwortung verweigert, eine solidarische Politik für Flüchtlinge und EU-Bewohner zu praktizieren, die deren gemeinsame Interessen in den Vordergrund stellt, versündigt sich an den künftigen Generationen.

Ein weiterer Aspekt in der Beschreibung der Flüchtlinge als Belastung besteht darin, dass die Fluchtursachen meist unberücksichtigt bleiben. Die Ursachen der steigenden Zahl von Flüchtlingen sind vielfältig, einige zentrale sind:

1. Bürgerkriege wie in Syrien sind auch das Ergebnis des Versagens westlicher Außenpolitik. Insbesondere befördern Rüstungsexporte nicht nur Bürgerkriege sondern behindern auch sozial-ökonomischen Fortschritt.
2. Ein großer Teil der Flüchtlinge kommt aus Ländern, wie z.B. dem Irak, Afghanistan und Libyen, die Opfer westlicher Militärinterventionen waren und noch sind. Dies zeigt, dass internationale Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sind. Kriege führen vielmehr oft dazu, dass Staaten zerfallen und in der Folge Chaos und Terror vorherrschen.
3. Die zunehmende soziale Ungleichheit in der Welt muss endlich beseitigt werden.
 - Mehr als eine Milliarde Menschen müssen täglich von nur einem Euro leben.
 - Zugleich verfügen die 97 reichsten Milliardäre der Welt über ein Vermögen wie die Hälfte der ärmeren Menschheit.
 - Im Jahre 2012 konnten die reichsten 100 Milliardäre ihr Vermögen um 240 Milliarden Euro aufstockten, ein Betrag der nach Oxfam ausreichen würde, um den Hunger in der Welt von einem Tag auf den anderen zu beseitigen.
4. Ungerechte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und den afrikanischen Staaten führten dazu, dass die afrikanischen Märkte für die einheimischen Produkte zerstört wurden. Das über Jahre subventionierte Hühner- und Schweinefleisch und die Getreideprodukte aus der EU haben den kleinen Landwirten in Afrika die Existenzgrundlage entzogen. Sie konnten ihre landwirtschaftlichen Güter nicht mehr verkaufen, da sie teurer waren als die der europäischen Konkurrenten. Ebenso hat zur

³ Hierzu ist anzumerken, dass solche Rechnungen aus einer humanistischen Perspektive problematisch sind. Denn man könnte zur der Schlussfolgerung kommen, für jeden einzelnen Menschen zum Ende seines Lebens eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen. Dann steht auf jedem Grabstein, ob die Person der Gemeinschaft mehr gekostet hat als sie erwirtschaftet hat. Das wäre die vollständige Verwirklichung des neoliberalen Ideals, aber die endgültige Zerstörung eines humanen Zusammenlebens.

Not beigetragen, dass die großen Fischtrawler in der Vergangenheit vor den Küsten West- und Ostafrikas den einheimischen Fischern keine Fische mehr ließen.

5. Ebenso hat die Austeritätspolitik des IWF, der Kredite u.a. nur bei Privatisierungen, niedrigen Einkommen und gegen massive „Sparauflagen“ gewährte, erheblich zum Niedergang der Wirtschaft in vielen Ländern des Südens beigetragen. Zudem ist das Geld, das in den Ländern ankam, nicht in die Infrastruktur und in die Wirtschaft investiert worden, sondern zu erheblichen Teilen in den Taschen korrupter Staatsführer gelandet.

Wie könnte ein Ausweg für die Länder des Südens aussehen? Jedenfalls nicht durch Freihandelsabkommen. Sie bewirken eher das Gegenteil (Fisahn u.a. 2015). Die ökonomische Rechtfertigung für Freihandel lautet: Die Produktion wird dahin verlagert, wo sie am kostengünstigsten ist. Entsprechend fallen die Preise für Waren und der Wohlstand für alle wächst. Nach diesem Verständnis gibt es auch Verlierer: In den Ländern, in denen zu teuer produziert wird, werden Unternehmen ihre Produktion abziehen. Der Vorteil der Kostensenkung bei den beteiligten Staaten des Freihandelsabkommens kann zu Lasten Dritter erfolgen. Dies geschieht dann, wenn z.B. Länder des globalen Südens oder auch Lateinamerikas diese Kostensenkung nicht schaffen. Dies trifft vor allem auf afrikanische Staaten zu. Dadurch wächst der sozialökonomische Druck auf diese Länder, zunehmende Arbeitslosigkeit und steigende Not werden die Folge sein. Noch mehr Menschen werden dann zur Flucht gezwungen sein und in den Staaten des Nordens Zuflucht zu suchen.

Viele afrikanische Staaten haben eine so geringe Wirtschaftskraft, eine so geringe Produktivität, dass sie mit ihren Produkten (überwiegend Rohstoffe und landwirtschaftliche Waren) auf den Weltmärkten keine Chance haben (Berger 2015). Freihandelsabkommen verstärken diese Ungleichgewichte. Auch aus diesem Grund sind die aktuellen Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP abzulehnen. Die Länder mit einer geringen wirtschaftlichen Leistungskraft werden nur eine Chance haben, auf die Beine zu kommen, wenn sie ihre Märkte abschotten, also eine protektionistische Politik betreiben. So hat sich China in den letzten 40 Jahren verhalten und ebenso handelte das deutsche Kaiserreich, als es gegenüber dem industrialisierten England in der Produktivität weit zurücklag.

Nur wenn es zu einer zutreffenden Ursachenbeschreibung kommt, können die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Notwendig ist die Überwindung einer Politik, die sich lediglich jeweilig drängenden Einzelaspekten zuwendet. Angesichts des Ausmaßes der bevorstehenden Veränderungen ist ein solches Vorgehen unzureichend. Erforderlich sind Gesamtkonzepte, die auch Antworten auf die Fragen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und der Sicherung des Friedens geben. Die Flüchtlinge und die Zuwanderung zeigen, dass die Probleme der Welt nicht mehr vor den Toren Europas bleiben. Entweder es gelingt, die Idee eines sozialen und solidarischen Europas in der Welt neu zu begründen oder Europa wird kaum eine Zukunft haben.

Für Europa besteht die Chance, eine neue Identität zu schaffen, die nicht nur normativ, sondern in der Praxis auf den Menschenrechten beruht und seine Stabilität durch die Festigung des Zusammenhangs zwischen Sozialstaatlichkeit und Demokratie gewinnt. Damit wäre eine belastbare Grundlage geschaffen, die dem Friedensprojekt Europa eine Zukunft gibt.

Literatur

Berger, Jens (2015): Afrikas Flüchtlinge, Afrikas Probleme und unsere Verantwortung (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27289>) (10.9.2015)

Bonin, Holger (o.J.) Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. (http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_BeitragZuwanderungStaatshaushalt2014.pdf) (Zugriff 14.9.2015)

Butterwegge, Christoph (2015): Wiederholt sich die Geschichte rassistischer Ausgrenzung und Gewalt? Von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen führt eine Linie nach Heidenau. (<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27371#more-27371>) (10.9.2015)

Eurostat Press Office (Hrsg.) (2015): Eurostat. Pressemitteilung 112/2015 - 18. Juni 2015. (<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6888001/3-18062015-CP-DE.pdf>) (10.9.2015)

Fisahn, Andreas; Cifti, Ridvan (2015): CETA und TTIP: Einige kritische Anmerkungen. In: spw 3/2015, S. 71-75.

Flassbeck, Heiner (2015): Was im August wichtig war - Teil 1: Das Boot ist noch lange nicht voll. (<http://www.flassbeck-economics.de/was-im-august-wichtig-war-teil-1-das-boot-ist-noch-lange-nicht-voll/>) (10.9.2015)

Harvey, David (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin: Ullstein

Krysmanski, Hans-Jürgen (2015): Im Kielwasser von Megayachten und Flüchtlingsbooten. (<http://www.heise.de/tp/autor/hansjrgenkrysmanski/default.html>) (14.9.2015)

Müller, Bernhard; Bischoff, Joachim (2015): Wie Europa und Deutschland mit Flüchtlingen umgehen. (http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/refugees-welcome/) (10.9.2015)